

Deutscher Familienverband zur vorgesehenen Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags: Höherer Kinderfreibetrag und höheres Kindergeld gefordert

(Berlin) Der Deutsche Familienverband zeigt sich enttäuscht über das Vorhaben der Bundesregierung, den steuerlichen Grundfreibetrag, nicht aber den Kinderfreibetrag und das damit verrechnete Kindergeld anzuheben.

Mit Blick auf den Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts stellt der Präsident des Verbandes Dr. Klaus Zeh, fest: „Es sind vor allem Familien, die unter Armut und Gerechtigkeitslücken leiden“. Er erinnert daran, dass noch im September der Entwurf des Berichts schonungslos darauf hinwies, dass die Einkommensspreizung in Deutschland „das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung“ verletze und „den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden“ könne. Seit der Abstimmung innerhalb der Ressorts fehlt dieser Hinweis.

Nun wird eine weitere Gerechtigkeitslücke erweitert: „Nicht die Spreizung zwischen Arm und Reich sondern in der steuerlichen Behandlung von Erwachsenen und Kindern wird jetzt, nachdem die Opposition Zustimmung signalisiert hat, vergrößert“ kritisiert Zeh. „Während das steuerfrei zu stellende Existenzminimum der Erwachsenen von derzeit 8.004 Euro in zwei Stufen auf 8.352 EUR angehoben werden soll, bleibt der Kinderfreibetrag in Höhe von 7.008 auf dem Stand von 2010 stehen. Und auch das damit verrechnete Kindergeld wird nicht angehoben. Dabei hatten sich die Unionsparteien bereits 2005 für einen Kinderfreibetrag in Höhe von 8.000 EUR ausgesprochen. „Es ist dringend an der Zeit, dass Familien nicht nur Verbesserungen in Aussicht gestellt werden, sondern dass den Worten auch Taten folgen“, fordert Zeh und kündigt eine kritische Beobachtung von zu erwartenden Wahlversprechen an.

Der Deutsche Familienverband ist die größte parteiunabhängige, überkonfessionelle und mitgliedergetragene Interessenvertretung der Familien in Deutschland.

13.12.2012